

""Säuberungs"-Aktionen in der Tschechoslowakei" in Luxemburger Wort (27. Februar 1948)

Legende: Am 27. Februar 1948 befasst sich die luxemburgische Tageszeitung Luxemburger Wort mit den von der neuen Regierung Klement Gottwalds zur Stabilisierung der kommunistischen Macht in der Tschechoslowakei durchgeführten Säuberungs-Aktionen.

Quelle: Luxemburger Wort. Für Wahrheit und Recht. 27.02.1948, n° 58; 101e année. Luxembourg: Imprimerie Saint-Paul. ""Säuberungs"-Aktionen in der Tschechoslowakei", p. 1.

Urheberrecht: (c) Imprimerie Saint-Paul s.a.

URL: http://www.cvce.eu/obj/sauberungs_aktionen_in_der_tschechoslowakei_in_luxemburger_wort_27_februar_1948-de-835f2f28-528a-4cde-8e02-00b95dbad1e5.html

Publication date: 03/07/2015

„Säuberungs“-Aktionen in der Tschechoslowakei

Die Aktionskomitees nach bewährten „volksdemokratischen“ Methoden an der Arbeit Präsident Benesch schweigt

PRAG, 27. Februar. (AP). Die Tschechoslowakei hat den ersten Tag ihrer kommunistischen Herrschaft hinter sich. Ministerpräsident Eduard Benesch schweigt. Die Rundfunkansprache an das tschechoslowakische Volk hat er noch nicht gehalten. Ob er überhaupt sprechen wird, weiß man nicht. Es hatte gestern den Anschein, als ob Benesch von der Außenwelt abgeschnitten wäre. Gerüchte besagen, daß der Präsident die Abdankung erwäge. Die Entscheidung dürfte heute fallen, wenn Benesch das neue Kabinett empfängt. Diese Information aus einer bisher zuverlässigen Quelle wurde dahingehend ergänzt, daß der frühere Ministerpräsident Fierlinger Beneschs Nachfolger würde. Fierlinger war bekanntlich vorübergehend von der Leitung der sozialdemokratischen Partei entfernt worden und ist jetzt erneut deren Vorsitzender.

Inzwischen sind die sogenannten Aktionskomitees an der Arbeit. Ihre Säuberungsgruppen reorganisieren alles, was ihnen in den Weg kommt, das heißt, sie richten alles nach dem kommunistischen Programm aus. Einer der Aktionsausschüsse hat sich des Parlamentes angenommen. Die „Mlada Fronta“, das Blatt der kommunistischen Jugendfront, bezeichnet es als fraglich, ob der Ausschuß auch nur einen der ausgeschiedenen Minister in ihrer Eigenschaft als Abgeordnete anerkennen werde. Vermutlich wollen sie es nur mit Abgeordneten zu tun haben, die gewillt sind, sich in die „neue volksnationale Front“ einzureihen.

Es ist bezeichnend, daß dem Ausschuß kein einziges Mitglied der nationalen Sozialisten angehört, obwohl diese dem Namen nach an der neuen Koalitionsregierung beteiligt sind. Der staatliche Rundfunk erklärte gestern abend, die Arbeit dieser Partei werde erst dann fortgesetzt werden, wenn die Lage sich geklärt habe und neue Parteiführer gefunden worden seien.

Der Präsident der katholischen Volkspartei, Mgr. Shramek, der während des Krieges an der Spitze der tschechoslowakischen Exilregierung stand, hat in einem Schreiben an den Präsidenten des Parlaments erklärt, er verzichte auf sein Abgeordnetenmandat. Der kommunistische Informationsminister erließ ein Verbot der katholischen Wochenschriften „Katolika“, „Vodelo“, „Novy Narod“ und „Toszovac“. Das Organ der katholischen Volkspartei „Lidova Demokracie“ dagegen konnte auf Betreiben des neuen Gesundheitsministers Plojhar wieder erscheinen. Dieser gehört dem linken Flügel der katholischen Volkspartei an und sympathisierte seit jeher mit den Kommunisten. Das Parteiorgan der nationalen Sozialisten dagegen erscheint nicht mehr.

Die Ausschüsse säubern sogar in den Sport- und Scoutverbänden. Zwei Freiheitskämpfer, welche seinerzeit den Prager Sender vor den abziehenden Deutschen retteten, wurden von ihren Posten entfernt.

Das neue Blatt des Verbandes der Armeeingehörigen in Preßburg gab gestern abend den Rücktritt Dr. Josef Lettrichs vom Vorsitz der Slowakischen Demokratischen Partei bekannt. Lettrich war es, der Gottwald einmal daran gehindert hatte, die Regierungsgewalt in der Slowakei an sich zu bringen.

Die nächsten Ziele der neuen Regierung sind offenbar der Entwurf einer neuen Verfassung und die baldige Verwirklichung der Forderungen der Gewerkschaften auf Verstaatlichung aller Betriebe mit mehr als fünfzig Angestellten. Das Gewerkschaftsorgan „Prace“ kündigt als erste Maßnahme eine Umgruppierung im diplomatischen Außendienst an.

Zu den bereits gestern gemeldeten Studentendemonstrationen verlautet, es seien mehrere Manifestanten durch Schüsse seitens der Polizei verletzt worden. Das Innenministerium dementierte jedoch diese Meldung in einer Radiosendung.

Gemeinsame amerikanisch-britisch-französische Erklärung zu den Prager Ereignissen

Paris, 27. Febr. Frankreich, Großbritannien und die Vereinigten Staaten gaben gestern eine gemeinsame

Erklärung heraus, in der es heißt, die Regierungen der drei Weltmächte hätten den Lauf der Ereignisse in der Tschechoslowakei aufmerksam verfolgt, und sähen in ihnen eine Gefahr für die Grundsätze der Freiheit, zu denen sich alle demokratischen Staaten verpflichtet haben. Die Regierungen könnten eine Entwicklung nur verurteilen, deren Folgen für das tschechoslowakische Volk, das in den Leiden des zweiten Weltkrieges seine Liebe zur Freiheit bewiesen habe, verheerend sein müßten.

Weiter heißt es in der Verlautbarung: „Die Regierungen konnten feststellen, daß auf dem Wege über eine künstlich und wohl vorbereitete Krise die Anwendung gewisser, in anderen Ländern bereits erprobter Methoden zur Aussetzung der freien Ausübung parlamentarischer Rechte und zur Errichtung einer heimlichen Diktatur einer einzigen Partei unter dem Deckmantel einer Regierung der nationalen Einheit führte.“

Aus Paris wird zuverlässig berichtet, daß weitere Verhandlungen der drei westlichen Regierungen hinsichtlich der Tschechoslowakei im Gange sind. Sollten Amerika und Großbritannien sich entschließen, der neuen tschechoslowakischen Regierung die Anerkennung zu versagen, so werde Frankreich sich ihnen wahrscheinlich anschließen. Ein Sprecher des französischen Außenministeriums hatte vorher erklärt, daß noch keine Entscheidung über die weiteren französischen Beziehungen zu Prag getroffen wurde. Der französischen Teilnahme an der gemeinsamen Erklärung wird besondere Bedeutung beigemessen, da Frankreich ja im eigenen Lande mit der Aktivität einer großen kommunistischen Partei rechnen muß.

Außenminister Bevin empfing gestern den tschechoslowakischen Gesandten in London. Über die Unterredung verlautet jedoch nichts.

Das Informationsministerium in Prag verbot die Veröffentlichung der von drei Westregierungen herausgegebenen Communiqués.